

Von der Höheren Fachschule zur Fachhochschule Entstehung und Etablierung einer Institution

Jörg-Peter Pahl
Hannes Ranke
Hamburg

Unter den Ansätzen zur Hochschulforschung lässt sich bisher keine geschlossene Theorie über die Institution „Fachhochschule“ ausmachen. Bestenfalls sind einige Anstöße und grundlegende Aussagen einer reflektierten Praxis vorhanden. Die Entstehung dieser Institution stellt ein Randgebiet der

Hochschulforschung dar. Deshalb sollte die Entwicklung der Fachhochschule verstärkt zu einem Forschungsgegenstand gemacht werden. Obwohl eine Randständigkeit des Themas in der Hochschulforschung zu vermerken ist, lässt sich aber das Entstehen der Fachhochschule literaturgestützt, unter Berücksichtigung zeitgeschichtlicher Dokumente und von Gesprächen mit einigen wenigen Zeitzeugen überblicksartig rekonstruieren.¹ Eine solche Rekonstruktion soll hier unternommen werden.

Dabei ist das Thema nicht nur zeithistorisch bedeutsam. Es interessiert auch deshalb, weil sich der – damals statusgerechte – Titel „Fachhochschule“ von ihrer Herkunftssituation herleitet. Dieser hat sich an einigen Standorten teilweise bis heute erhalten. Diese Bezeichnung wurde im Laufe der Zeit als unangemessen und angesichts der sich zunehmend entwickelnden Fächerbreite in der Sache als nicht sinnvoll angesehen. Insbesondere vor dem Hintergrund jüngster Entwicklungen wie etwa der Gleichstellung von Fachhochschulabschlüssen mit denen der Universitäten und der Zuerkennung des Promotionsrechts gewinnt die

¹ Der hier vorliegende Überblick beschränkt sich auf die Entwicklungsgeschichte beginnend im Kaiserreich bis zur Entwicklungsphase der Bachelor- und Masterstudiengänge. Als weitaus umfassendere und detaillierte Rekonstruktion der Entstehungsgeschichte der Fachhochschule wird auf Pahl (2018) verwiesen.

Fachhochschule an Bedeutung. Dies macht sie als Thema der Hochschulforschung zusätzlich interessant. Schon jetzt deutet sich in ersten, wenn auch diffusen Umrissen ein großes Forschungsfeld an.

1. Gründung und Etablierung der Höheren Fachschule im Kaiserreich

Mit der zunehmenden Entwicklung der Industrie und der industriellen Revolution, die schon vor der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts in Deutschland einsetzte, erfuhr das Bildungswesen erhebliche Veränderungen. Bedingt durch den fortschreitenden Industrialisierungsprozess sowie gewerberechtliche Reformen „verlor das traditionelle Leitbild der handwerklichen Berufsausbildung sukzessive seine Legitimationsbasis“ (Wahle 2006: 127). In den Jahren zwischen 1870 und 1901 kam es zu einem „außergewöhnlichen bildungspolitischen Aufbruch“ (Schütte 2007: 545f.), von dem auch die Vorgänger der Fachhochschule betroffen waren. Darunter befand sich die Fachschule, die als eine eigenständige Institution entstand, als sich „neue Anforderungen an die Qualifizierung der Industriearbeiter und Techniker stellten“ (Jost 2003: 3).

Nach der Gründung des zweiten Deutschen Kaiserreichs betrieb insbesondere Preußen verstärkt die Reorganisation der Fachschulen. Bildungspolitisch wurde – in der Traditionslinie der Trennung von allgemeiner und beruflicher Bildung durch Wilhelm von Humboldt – u.a. eine strikte inhaltliche Abgrenzung der (technischen) Fachschulen zu den Allgemeinbildenden Schulen angestrebt. Daher können die 1890er Jahre auch als das Jahrzehnt der „fachschulpolitischen Wende“ (Schütte 2003a: 29) bezeichnet werden.

Die neu gegründeten technischen Unterrichtsanstalten wurden hinsichtlich Aufnahmebedingungen, Studiendauer und möglicher Abschlüsse geordnet. Um die Vergleichbarkeit von Ausbildungen und Abschlüssen zu erleichtern, wurde eine einheitliche Benennung dieser Bildungseinrichtungen – insbesondere durch den Verein Deutscher Ingenieure (VDI) – angestrebt. Mit der Differenzierung der technischen Fachschule in einen höheren (technische Mittelschule) und einen niederen (Werkmeisterschule) Zweig wollte der VDI zudem den erhöhten Bildungsansprüchen der Mittelschicht gerecht werden. Vor allem diese Abgrenzung lag aber auch im Interesse des Staates in Bezug auf die Ausbildung ihrer (höheren) und (niederen) Beamten, sodass sich im Laufe der Zeit eine Vielzahl von zum Teil länderspezifischen Fachschularten bzw. -typen entwickelte.

Die Bezeichnung „Höhere Fachschule“ wurde formal erstmals von und in Preußen eingeführt (vgl. Grüner 1967: 10). Im preußischen Erlass „Zweckbestimmungen und Aufnahmebedingungen der höheren Maschinenbauschulen, der höheren Schiffs- und Maschinenbauschule, der Maschinenbauschulen und der Hüttenschulen“ vom 26.7.1910 wurde diese Bezeichnung legislativ festgeschrieben (vgl. Schütte 2003b, Dok. 3: 41f.). Damit konnten die Höheren Fachschulen die Lücke ausfüllen, „welche zwischen den Fortbildungsschulen für Arbeiter und den ... Hochschulen eingetreten war“ (Ernst 1883; in Jost 2003, Dok. 17: 128).² Im Rahmen einer ordnungspolitischen Offensive versuchte „das preußische Handelsministerium zwischen 1901 und 1903 das gesamte Fachschulwesen, insbesondere den Schultyp Maschinenbauschule administrativ zu regulieren“ (Schütte 2003a: 50) und dadurch stärker zu etablieren.

Insgesamt ist feststellbar: Im zweiten Kaiserreich veränderten und differenzierten sich die Höheren Fachschulen erheblich in den Anforderungen und im fachlichen Angebot.

2. Ausdifferenzierung der Fachschule zwischen der Weimarer Republik und dem Ende der 1960er Jahre

Fachschulen in der Weimarer Republik und während des Nationalsozialismus

Die Epoche der Weimarer Republik kann für das Fachschulwesen in drei Phasen eingeteilt werden: die Phase der Neubestimmung und der theoretischen Diskussion (1918–1923), diejenige der Reformen (1924–1930) und die durch die Weltwirtschaftskrise ausgelöste Phase der Stagnation und Regression (1930–1933). Darüber hinaus ist bemerkenswert, dass eine Konkurrenz auf dem Aus- und Weiterbildungsmarkt zwischen staatlichen und privaten Fachschulen entstand (vgl. Schütte 2003a: 281).

Grundvoraussetzung für den Besuch der Höheren Fachschulen war auch in der Weimarer Republik „die Reife für Obersekunda“ (Kühne 1929: 315) bzw. der Abschluss der Realschule oder einer gleichwertigen Ausbildung. Außerdem wurde beim Eintritt eine abgeschlossene „Lehre oder mindestens eine zweijährige Berufstätigkeit vorausgesetzt“ (ebd.: 314).

² Neben den vor allem privat geführten polytechnischen Schulen, die auch als polytechnische Institute, Gewerbeakademien oder Gewerbeinstitute bezeichnet wurden, können auch die höheren (preußischen) Provinzialkunstschulen, Provinzialgewerbeschulen, Bauakademien und Gewerbeakademien, die ebenfalls den Charakter einer polytechnischen Schule hatten, als Vorläufer der Höheren Fachschulen angesehen werden.

Die Höheren Fachschulen bauten somit auf einer für die damaligen Verhältnisse guten Vorbildung auf und hatten gleichzeitig einen höherwertigen Abschluss zum Ziel. So war z.B. die Höhere Handelsschule „eingestellt auf die Heranbildung erster Kräfte, die später einmal leitende Persönlichkeiten in fremden oder in eigenen Betrieben werden können“ (Oberbach 1929: 395). Vor allem in den ersten Jahren der Weimarer Republik erfuhr das Fachschulwesen aufgrund seiner wirtschaftlichen Bedeutung einen Aufschwung.

Die Nationalsozialisten begannen nach der Machtübernahme mit einer radikalen Gleichschaltung der Schulpolitik. Im Bereich des Fachschulwesens wurde dieses mit „Reichsgrundsätzen für die einheitliche Ausrichtung der Fachschulen“³ durchgesetzt. In diesen Prozess schalteten sich auch der Deutsche Ausschuß (DA), der Deutsche Ausschuß für Technisches Schulwesen (DATSCH), der Verein Deutscher Ingenieure (VDI) und der Verein Deutscher Diplom-Ingenieure (VDDI) ein. Die Vereinheitlichung und Rationalisierung des Berufs- und Fachschulwesens prägten die Jahre von 1936 bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges. Es wurden „Mindeststandards verabschiedet“ (Schütte 2003a: 338) und die Bildungsgänge insbesondere an den technischen Fachschulen in immer stärkerem Maße von den Vorstellungen und Anforderungen der Rüstungswirtschaft beeinflusst.⁴

Besondere Relevanz erfuhr die ideologische Umgestaltung und Gleichschaltung der staatsbürgerlichen Erziehung. Die Vereinheitlichungsbestrebungen erreichten ihren Höhepunkt in der Verabschiedung des Erlasses des Reichserziehungsministeriums über die reichseinheitliche Benennung der beruflichen Schulen vom 29.10.1937. Nun gab es „keine Unterteilung mehr in Fachschulen und Höhere Fachschulen; sowohl Meister- als auch Ingenieurschulen galten als Fachschulen“ (Grüner 1967: 11).

Es entstand eine erhebliche Differenz zwischen den hohen Ansprüchen an die Fachschulen und deren faktischer Entwicklung.⁵ Rückbli-

³ Siehe dazu z.B. die Erlasse des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (RMWEV) vom 21. November 1936 und vom 21. Oktober 1938.

⁴ So forderten die Militärs beispielsweise einen planmäßigen Ausbau von technischen Abendfachschulkursen, um die Absolventenzahlen zu steigern.

⁵ Klaus Kümmel (1980: 26) erklärt es erstens damit, dass „Schulsysteme generell zu einem großen Maß an Beharrungsvermögen gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen“ neigen, „weshalb es den Nationalsozialisten auch schwerfällt, relativ kurzfristig grundlegende Neuerungen durchzusetzen. Insofern lässt sich hier durchaus eine Kontinuität der überkommenen Schulwirklichkeit feststellen. Anders formuliert: Das Subsystem Schule entwickelt eine gewisse Widerständigkeit gegenüber den ideologischen Ansprüchen. Jedenfalls kann keineswegs davon die Rede sein, dass das Berufsschulwesen nach 1933 eine geradezu entge-

ckend lässt sich sagen, dass es einerseits in der NS-Zeit durch verschiedene diktatorische Maßnahmen und Regelungen zu einer Vereinheitlichung, andererseits auch zu einer starken Abhängigkeit der Fachschulen von der Politik und den Behörden kam. Damit wurde aber gleichzeitig eine Konsolidierung und Stabilisierung der Fachschule als Typus einer hochschulischen Institution erreicht.

Fachschulen nach dem Zweiten Weltkrieg

Am Ende des Zweiten Weltkrieges waren viele Fachschulen weitgehend zerstört. Der Schulalltag an diesen Einrichtungen wurde durch die Not der Nachkriegszeit, den Zusammenbruch der Wirtschaft und durch Hunger stark bestimmt. Deutschland war in vier Besatzungszonen aufgeteilt.

In den drei westlichen Besatzungszonen wurde „der Wiederaufbau der beruflichen Schulen mit den vorwiegenden Zielen der Kriegsschädenbeseitigung und der Wiederherstellung der Zustände vor der nationalsozialistischen Machtübernahme begonnen“ (Kell 1988: 75f.). Direkt nach dem Krieg wurde „auf das für die berufsbildenden Schulen vor 1933 jeweils gültige Reichsrecht zurückgegriffen“ (Grüner 1986: 651). Die Ausgangsbedingungen für eine Bildungsreform der Fachschule waren damit festgelegt. Dennoch blieben Strukturreformen aus und die Fachschule behielt ihre Stellung als Bildungseinrichtung zur Erlangung eines höherwertigen beruflichen Abschlusses.

Auf dem Gebiet der sowjetisch besetzten Zone stellte sich die Lage sehr kompliziert dar. Fast alle in diesem Bereich befindlichen berufsbildenden Einrichtungen waren durch den Krieg entweder ganz oder teilweise zerstört. Viele dieser Gebäude hatte die Sowjetische Militäradministration beschlagnahmt und zu Truppenquartieren oder Lazaretten umfunktioniert.

Der Neuaufbau des Fachschulwesens in Ostdeutschland war eng verbunden mit einer „Erneuerung der Fachschullehrer- und -schülerschaft“ (Uhlig 1985: 99). Die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung (später: Deutsche Verwaltung für Volksbildung) sollte die Tätigkeit der Schulverwaltungen koordinieren, anleiten und kontrollieren. Vor allem sollte sie jedoch die Wiederaufnahme des Unterrichts und die ideologische Umerziehung von Lehrkräften und Studierenden gewährleisten.

gengesetzte Richtung zu der von vor 1933 eingeschlagen habe. Der zweite, zeitbezogene Erklärungsgrund für jene Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit liegt in der Priorität der (Berufs-)Praxis vor der (Berufs-)Theorie.“ Letzteres zeigt aber auch Abhängigkeit von der nationalsozialistischen Wirtschaft, für die die „schulische Berufserziehung ‚Handlangerdienste‘ zu erbringen“ hatte (ebd.: 26).

Obwohl die Ausgangsbedingungen unterschiedlich waren, gab es bis Anfang 1948 in den vier Besatzungszonen auch Gemeinsamkeiten. So wurde auf einer in Stuttgart-Hohenheim im Februar 1948 stattfindenden Konferenz der deutschen Erziehungsminister, an der auch die Vertreter der sowjetischen Besatzungszone teilnahmen, einstimmig beschlossen, dass „besonderer Wert u.a. auf die Förderung des beruflichen Schulwesens zu legen ist.“ (Raddatz 2000: 103)

Zum Ende des Jahres 1948 hatten sich die politischen Verhältnisse in der sowjetisch besetzten Zone gegenüber denen in den westlichen Besatzungszonen u.a. durch die Berlin-Blockade und die Währungsreform weiter verändert. Die deutschen Besatzungszonen entfernten sich auch durch die Beschlüsse des 2. Berufspädagogischen Kongresses weiter voneinander, der vom 19. bis zum 21. Oktober 1948 stattfand. Diskutiert wurde dort u.a. das Problem der Einordnung und Bedeutung der Fachschulen in ein einheitliches Berufsbildungssystem. Es wurden die Forderungen „erhoben, die Fachschulen direkt oder indirekt an der Erfüllung der Wirtschaftsaufgaben zu beteiligen“ (Uhlig 1985: 125), die Bedarfsplanung zu verbessern und eine engere Verbindung zu Berufs- und Hochschulen anzustreben.

Ausgestaltung der Fachschulen in den zwei deutschen Staaten bis zum Ende der 1960er Jahre

Nach der Gründung der DDR nahmen Regierung und Sozialistische Einheitspartei Deutschlands starken Einfluss auf die weitere Entwicklung des Fachschulwesens mit der „Verordnung zur Neuordnung des Fachschulwesens“ vom 29.3.1950. In dieser bildungspolitischen Konzeption wurde zunächst die Wichtigkeit der Fachschulausbildung hervorgehoben. Erst durch die Anweisung des Ministeriums für Arbeit der DDR vom 10.5.1951 kam es zu einer Aufwertung des beruflichen Weiterbildungsbereichs.⁶

Mitte der 1960er Jahre wurde begonnen, einen Teil der bestehenden Ingenieurschulen in Ingenieurhochschulen „umzuprofilieren“. Die ersten Studiengänge an diesem neuen Hochschultyp begannen im Studienjahr

⁶ Die Anweisung bestimmte, dass „Facharbeiter auf das Niveau der technischen Intelligenz kommen können“ (Raddatz 2000: 120). Aufgrund dessen verlagerte sich die berufliche Weiterbildung ab 1952 von den Volkshochschulen in die Betriebe „und hatte dann Ende der 1950er Jahre mit den Betriebsakademien ihre endgültige Struktur gefunden, die mit gewissen Modifizierungen bis 1989 bestand“ (Trier 2001: 335). Aufgabe der Akademien war die Weiterbildung von Facharbeitern, Meistern sowie mittleren Führungskräften. Darüber hinaus übernahmen sie die Qualifizierung von Erwachsenen zum Facharbeiter ohne beruflichen Abschluss.

1968/69, dauerten dreieinhalb Jahre und endeten mit dem Abschluss „Hochschulingenieur“.

Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland erhielten die Länder die Hoheit über das Schulwesen zurück (vgl. Grüner 1986: 651). Anders als in der direkten Nachkriegszeit wurde in der Restaurationszeit der 1950er und 1960er Jahre das nach 1938 entstandene Reichberufsschulgesetz zum Modell für die Ländergesetzgebung. Das berufliche Schulwesen verblieb in der Zuständigkeit der Kultusminister der Bundesländer (vgl. ebd.: 651f.). Parallel zu der Entwicklung der Fachschule verstärkte sich in den 1950er Jahren die Diskussion um den Stellenwert, den Sinn und die Funktion der Erwachsenenbildung (vgl. Arnold 2006: 25f.).

Die Fachschulen hatten großen Zulauf. Insbesondere die Höheren Fachschulen waren bis über die Mitte der 1960er Jahre hinaus in der Bundesrepublik sehr „anerkannt, standen jedoch etwas am Rande der „pädagogischen Provinz““ (Grüner 1970: 13).

3. Von der Höheren Fachschule zur Fachhochschule

Konzeptions- und Zielsetzungsphase

Die Höheren Fachschulen waren derartig geschätzt und nachgefragt, dass auch in den 1960er Jahren weitere Höhere Kaufmännische Fachschulen bzw. Wirtschaftsfachschulen entstanden.

Ziele und Aufgaben sowie die Inhalte der Ausbildung der Höheren Fachschulen wurden vor allem durch KMK-Rahmenvereinbarungen festgelegt. Überlegungen zum Status und einer besseren Anerkennung der Höheren Fachschulen gab es bereits seit den frühen 1960er Jahren. Dennoch zeigten sich an den Höheren Fachschulen, bis auf einige Proteste von Studierenden und Äußerungen von Dozenten über ihre Statusunzufriedenheit, zunächst keine größeren bildungs- respektive schulpolitischen Debatten oder politischen Auseinandersetzungen.

Die dann während der Studentenrevolte in der Bundesrepublik im Jahre 1968 massiv und offen auftretende Kritik an den verschiedenen staatlichen Institutionen traf auch die Höheren Fachschulen und politisierte ihre Studierenden.⁷ Angesichts der von den Akteuren unterstellten Krise der Höheren Fachschulen und insbesondere infolge der sogenann-

⁷ Die Studierenden der Ingenieur- und der anderen Fachschulen standen bei den teils erhitzten Bildungsdiskussionen jener Jahre nicht wort- und tatenlos beiseite. Auch sie gingen, wie die Studenten der Universität, 1968 für ihre Forderungen auf die Straße.

ten „Ingenieurschulkrise“⁸ sollten aus diesen Einrichtungen Fachhochschulen entstehen. Ein entsprechendes politisches Engagement von Studierenden gab es in der Deutschen Demokratischen Republik nicht.⁹

Die Studierenden an den höheren Lehranstalten nannten – wie Gustav Grüner (1970: 15f.) es kurz nach den aufgeflamten Protesten sehr umfassend darstellte und kommentierte – „ein ganzes Bündel von Ursachen“ für die Krise der Höheren Fachschulen. Auch von Seiten der Lehrkräfte wurde Kritik an den Verhältnissen geübt. Ein wichtiger Ausgangspunkt für Statusveränderungen waren aber auch Überlegungen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Jahre 1967 zur Vergleichbarkeit von Berufsabschlüssen. Ingenieur konnte sich demnach nur nennen, wer eine zwölfjährige Vollschulzeit absolviert und an einer Hochschule studiert hatte (vgl. Grüner 1989: 200).

Die deutschen Bundesländer reagierten schnell (vgl. Holuschka 2013: 103ff.). Schon am 5. Juli 1968 wurde mit der Grundsatzzerklärung der Ministerpräsidenten der Länder die Gründung von Fachhochschulen auf den Weg gebracht. Bereits am 31. Oktober des gleichen Jahres entstand mit dem Abschluss des „Abkommens zwischen den Ländern der Bundesrepublik zur Vereinheitlichung auf dem Gebiet des Fachhochschulwesens“ ein neuer Hochschultyp mit eigenständigen Aufgaben und Profil. Es wurden nun, im Jahre 1969, die zwölfjährige Fachoberschule gegründet (vgl. Grüner 1970: 130ff.) und zugleich Höhere Fachschulen zu Fachhochschulen umbenannt. Die bildungspolitischen Neuordnungen erfolgten durch die Bundesländer – beispielsweise durch das „Gesetz über die Fachhochschule im Lande Nordrhein-Westfalen (Fachhochschulgesetz – FHG)“ vom 29. Juli 1969.

In der Zeit der Umwandlung der Höheren Fachschulen zu Fachhochschulen blieben diese wie bislang sechssemestrig. Auch die bisherigen Zugangswege, nämlich vor allem der Weg über Realschule, Vorsemester und Praktika oder über Lehre und Berufsaufbauschule, waren noch offen. In Abschlusszeugnissen wurde zunächst „Staatlich geprüfter Ingenieur“, dann „graduierter Ingenieur“ und später „Diplom Ingenieur“ ausgewiesen. Erst mit der Etablierung der Fachhochschulen und der Fachhoch-

⁸ „Auslöser dieser ‚Ingenieurschulkrise‘ war die Tatsache, daß Ingenieurbachelorabsolventen in den EWG-Staaten nicht als Ingenieure, sondern allenfalls als höhere Techniker anerkannt wurden.“ (Grüner 1989: 200)

⁹ Festzuhalten ist aber, dass seit den 1960er Jahren auch in der Deutschen Demokratischen Republik eine Neuausrichtung und Ausbau der Fach- und Ingenieurschulen durch neue Hochschulen erfolgte sowie durch teilweise Umwandlung zu Ingenieurhochschulen eine Entwicklung einsetzte, die allerdings nur bis zu einem gewisse Grade, derjenigen in der Bundesrepublik Deutschland entsprach.

schulreife als Eingangsvoraussetzung, die über die neue Fachoberschule am Ende des 12. Schuljahres erworben werden konnte, verschwanden in Westdeutschland die Höheren Fachschulen völlig. Neben den Universitäten sowie den Kunst- und Musikhochschulen war nun ein neuer Hochschultyp mit eigenem Bildungsauftrag, eigenen Eingangsvoraussetzungen, spezifischen Curricula und besonderen Abschlüssen entstanden.

Die Umwandlung der Höheren Fachschulen in Fachhochschulen erfolgte allerdings weniger aufgrund wissenschaftlicher Untersuchungen oder Erkenntnisse, sondern vorwiegend infolge bildungspolitischer Forderungen, der sich wandelnden technischen und ökonomischen Bedingungen, der gesellschaftlichen Entwicklungen sowie der Aktivitäten von Dozenten und Studierenden. Der Übergangsprozess war bis Mitte der 1970er Jahre bundesweit abgeschlossen.

Erste Ausbauphase und zweite Ausbau- sowie Konsolidierungsphase

Der übergeordnete bildungspolitische Auftrag bestand nun für die Fachhochschulen darin, praxisorientierte, aber zugleich wissenschaftliche Ausbildungsgänge anzubieten. Schwerpunkte der fachhochschulischen Bildungsgänge blieben zunächst die klassischen Bereiche der Fachschule.

Fachlich erweitert und organisational ausdifferenziert wurde das Studienangebot an Fachhochschulen im Anschluss an Forderungen des Wissenschaftsrates (vgl. WR 1993: 34). So wurden die Fachhochschulen in Westdeutschland bis in die 1990er Jahre als praxisorientierte Hochschulen systematisch ausgebaut. Sie entwickelten auf wissenschaftlicher Basis fachlich-anwendungsorientierte Schwerpunkte und nun auch zunehmend wissenschaftsorientierte Lehre und teilweise sogar Forschung.

Nach der Wiedervereinigung erfolgte auf dem Gebiet der ehemaligen DDR der Aufbau des Hochschultyps „Fachhochschule“, und in den alten Bundesländern wurde die Ausbauphase und Arrondierung fortgesetzt, die zuletzt schon durch die Diskussionen und Überlegungen zum Bologna-prozess beeinflusst war.

Die Fachhochschulen in den neuen Bundesländern sind sowohl durch Neugründungen als auch durch Umwandlung bzw. Zusammenführung verschiedener Vorgängereinrichtungen entstanden. Bei den Umwandlungen gingen mit der Übernahme der westdeutschen Hochschultypen teilweise Einbußen an Forschungsqualität und insbesondere der Verlust des Promotionsrechts für diejenigen Hochschulen einher, die zu Fachhoch-

schulen umgewandelt oder in eine solche integriert wurden (WR 2010: 25).¹⁰

Eine formale Einheitlichkeit ergab sich durch die Übernahme des westdeutschen Konstruktes „Fachhochschule“. Mit dem sogenannten Einigungsvertrag vom 31.08.1990 wurde die Anerkennung ostdeutscher Hochschulzugangsberechtigungen geregelt.¹¹ Da es in der DDR keine Fachhochschulen gegeben hatte, wurden Absolventinnen und Absolventen vergleichbarer Einrichtungen nachdiplomiert, um für diese menschliche Härten zu vermeiden und Nachteile auf dem Arbeitsmarkt abzufangen.

Für die Fachhochschulen in den alten Bundesländern wurden die Arbeiten zur qualitativen Ausgestaltung fortgesetzt. Berücksichtigt werden mussten insbesondere die sozio-technischen Veränderungen, die sich mit dem vermehrten Einsatz von Computern und der Verbreitung des Internets ergaben.

Es wurde deutlich, dass das Wissen auch von Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen immer schneller veralten konnte. Lebenslanges Lernen und entsprechende Weiterbildungsangebote gewannen in der Informations- und Wissensgesellschaft an Relevanz. Deshalb fand auch die akademische Weiterbildung Eingang in die hochschulpolitische Debatte. Zwar wurde in den Hochschulgesetzen der Bundesländer nun die Weiterbildung verankert (vgl. z.B. HmbHG 2001, §57), doch ein bemerkenswerter Ausbau von entsprechenden Studienangeboten fand noch nicht statt. Auch Forschungs- und Untersuchungsvorhaben standen – allein wegen der hohen Stundenbelastung für die Lehre – nicht im Zentrum der Arbeit an den Fachhochschulen. Sie waren noch immer im Wesentlichen Lehrhochschulen.

Die Abschlüsse erfolgten ausschließlich durch Diplome, zum Beispiel gab es den „Diplom-Ingenieur (FH)“. Die Anerkennung der Fachhochschuldiplome war in Deutschland weitgehend geregelt, wurde aber in Wirtschaft und Verwaltung nicht als gleichwertig mit den Diplomen der

¹⁰ In Ostdeutschland hatte sich „vor dem Hintergrund der vormaligen Ausübung des Promotionsrechts durch die unterschiedlichen Hochschultypen eine ausgeprägte Kooperationskultur zwischen Universitäten und heutigen Fachhochschulen etabliert“ (WR 2010: 25).

¹¹ „Die auf Abschlußzeugnissen der Ingenieur- und Fachschulen der Deutschen Demokratischen Republik bestätigten Hochschulzugangsberechtigungen gelten gemäß Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 10. Mai 1990 und seiner Anlage B. Weitergehende Grundsätze und Verfahren für die Anerkennung von Fachschul- und Hochschulabschlüssen für darauf aufbauende Schul- und Hochschulausbildungen sind im Rahmen der Kultusministerkonferenz zu entwickeln.“ (EinigVtr 1990, Artikel 37, Abs. 6)

Universitäten eingeordnet.¹² Auch international zeigte sich an den Empfehlungen und Äquivalenzvereinbarungen, dass die Fachhochschulabschlüsse kaum besonders beachtet und gewürdigt wurden. Weder in der Bundesrepublik noch im Ausland konnte man sich über den Stellenwert der Fachhochschuldiplome einigen.¹³

4. Fachhochschulen als Forschungsgegenstand: Fazit und Ausblick auf Untersuchungsvorhaben

Rückblickend erscheint die Entwicklung der Höheren Fachschule und der Fachhochschule eher durch sozio-technische Veränderungen und reaktive bildungspolitische Entscheidungen als durch Initiativen und Aktivitäten der Akteure an den Institutionen bestimmt. Sie war aber auch gekennzeichnet von qualitativer Differenzierung, Vereinheitlichung, Standardisierung und Profilbildung.

Auf Basis der jeweiligen historischen Umstände und sogar epochalen Gegebenheiten entstanden Veränderungen eher pragmatisch. Der Diskurs um die Fachhochschule entwickelte sich vorrangig am technischen Erkenntnisinteresse zu den Studieninhalten. In diesem Zusammenhang motivierte aber auch das Verständnis von sinnhaften organisatorischen und curricularen Zusammenhängen die Akteure, die damit ein eher praktisches Erkenntnisinteresse verfolgten. Das emanzipatorische Interesse war insbesondere in der Umwandlungs- und Etablierungsphase treibend und richtete sich auf die Aufklärung der Verhältnisse, auf Machtabbau und Ideologiekritik. Dies setzt jedoch auch – wie Jürgen Habermas Ende der 1960er Jahre formulierte – Selbstreflexion voraus (vgl. Habermas 1994: 244).

Auch unter diesen erkenntnisleitenden Aspekten war die Fachhochschule bisher kaum Gegenstand von reflexiver Hochschulforschung. Die damit verbundenen theoretischen Defizite sollten jedoch durch eine fach-

¹² Insbesondere laufbahnrechtlich gab es für den öffentlichen Dienst eine Differenzierung. Inhaber von Diplom-Abschlüssen an Universitäten hatten die Bewerbungsmöglichkeit für den Vorbereitungsdienst zum höheren Dienst. Diejenigen mit Diplom-Abschlüssen an Fachhochschulen konnten sich nur für den Vorbereitungsdienst des gehobenen Dienstes bewerben. Auch international war die Anerkennung der Fachhochschuldiplome mit Unsicherheiten behaftet.

¹³ Deshalb wurden „oftmals die bekannten Gummiparagraphen wie ‚ist im Einzelfall zu prüfen, (...) eine Zulassung kann erfolgen‘ eingesetzt. In den letzten Jahren hat man verstärkt darauf geachtet, hier keine Äquivalenzen festzuschreiben, die Fachhochschulabschlüsse in einen sogenannten ‚non-university-Bereich‘ verankern.“ (Schoellhammer 1998: 47)

hochschulspezifische Forschung verringert werden. Das liegt um so mehr nahe, als mit den Überlegungen im Vorfeld des Bolognaprozesses und der Umstellung der Studienabschlüsse (Bachelor und Master) deutlich wurde, dass die traditionelle Aufgabenteilung zwischen Universitäten und Fachhochschulen teilweise fraglich geworden war, weniger scharf akzentuiert werden oder verschwimmen könnte. Die bis zu dieser Zeit vorhandenen Studienordnungen enthielten vor allem eine Auflistung von Studieninhalten und waren dadurch ausschließlich fachlich-inhaltlich oder fachrichtungs- bzw. disziplinbezogen ausgerichtet. Der curriculare Ansatz, die lernorganisatorische Form der Semesterklasse (als Relikt der Höheren Fachschule) und die teilweise bestehende Tendenz zur Verschulung bedürfen spezieller Untersuchungen.

Einen ersten Ansatz zu umfassenderen Forschungsvorhaben zum Thema „Fachhochschule“ stellt die überblicksartige Darstellung der Wurzeln der Fachhochschule (vgl. auch Pahl 2018) dar. Darüber hinaus wären Forschungsvorhaben sinnvoll, mit denen

- die Diskurse zur Anerkennung dieser Institution unter inhaltlichen und ideologiekritischen Gesichtspunkten rekonstruiert werden,
- die Differenzierungen der Fachschulen auf ihre gesellschaftlichen Hintergründe untersucht werden,
- hochschuldidaktische Ansätze und Curricula untersucht werden,
- die noch lebenden Akteure als Zeitzeugen befragt werden,
- Absolventinnen und Absolventen in den verschiedenen Epochen der Fachhochschulentwicklung befragt werden.

Alle diese Ansätze sind um die gegenwärtige und perspektivische Entwicklung der Fachhochschulen zu ergänzen. Insgesamt ist festzustellen, dass der Forschungsgegenstand „Fachhochschulen“ auch seit Beginn des Bolognaprozesses weder in der Breite noch in der Tiefe hinreichend ausgelotet und erschlossen wurde.

Literatur

Arnold, Rolf 2006: Erwachsenenbildung. Eine Einführung in Grundlagen, Probleme und Perspektiven. 5. unveränderte Auflage, Baltmannsweiler: Schneider Hohengehren.

EinigVtr: Einigungsvertrag vom 31. August 1990 (BGBl. 1990 II S. 889), zuletzt durch Artikel 32 Absatz 3 des Gesetzes vom 27. Juni 2017 (BGBl. I S. 1966) geändert worden ist.

Fachhochschulgesetz – FHG Nordrhein-Westfalen vom 29. Juli 1969, in: Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen, Ausgabe A, 23. Jg., Nr. 48. Ausgegeben zu Düsseldorf am 8. August 1969, S. 572–575.

- Grammes, Tilman 2009: Editorial: Ausbildungsdidaktiken – Themen und Aufgaben einer Hochschulfachdidaktik der Sozialwissenschaften in der Lehrerausbildung. In: Grammes, Tilman (Hg.): Ausbildungsdidaktiken: Lehrerausbildung Didaktik Sozialwissenschaften / Educating Social Science Educators. Volume 8, Number 2, S. 2–22.
- Grüner, Gustav 1967: Die Entwicklung der höheren technischen Fachschulen. Ein Beitrag zur historischen und zur angewandten Berufspädagogik. Braunschweig: Westermann.
- Grüner, Gustav 1970: Die Fachoberschule – Eine Dokumentation. Unter Mitwirkung von Werner Diederich. Berlin / Darmstadt / Dortmund: Hermann Schroedel Verlag.
- Grüner, Gustav 1986: Das berufliche Schulwesen. In: Jeserich, Kurt G. A. / Pohl, Hans / von Unruh, Georg-Christoph (Hg.): Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. V: Die Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, S. 643–653.
- Grüner, Gustav 1989: Entwicklung der technischen Fachschulen. In: Boehm, Laetitia / Schönbeck, Charlotte (Hg.): Technik und Bildung. Düsseldorf: VDI Verlag, S. 175–203.
- Habermas, Jürgen 1994: Erkenntnis und Interesse. Mit einem neuen Nachwort. 11. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- HmbHG 2001: Hamburgisches Hochschulgesetz. Vom 18. Juli 2001, in: Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt. Teil I, Ausgabe Nr. 26 vom 27 Juli 2001, S. 171–200.
- Holuscha, Elisabeth 2013: Das Prinzip Fachhochschule – Erfolg oder Scheitern? Eine Fallstudie am Beispiel NRW. Münster: MV-Wissenschaft.
- Jost, Wolfdietrich (Hg.) Quellen und Dokumente zur Geschichte der technischen Bildung in Deutschland. Teil 1: Das gewerbliche Fachschulwesen. Köln / Weimar / Wien: Böhlau Verlag, 2003.
- Kell, Adolf 1988: Das berufliche Schulwesen. In: Zeitschrift Pädagogik / Pädagogische Beiträge 40. Jg., 1988, H. 7-8, S. 75–80.
- Kühne, Alfred (Hg.): Handbuch für das Berufs- und Fachschulwesen. 2. erweiterte Auflage, Leipzig: Quelle & Meyer, 1929.
- Kümmel, Klaus (Hg.): Quellen und Dokumente zur Berufsbildung in Deutschland, Reihe A, Band 2: Quellen und Dokumente zur schulischen Berufsbildung in Deutschland 1918–1945, Köln / Wien: Böhlau Verlag, 1980.
- Oberbach, Johannes 1929: Handelsschule und Höhere Handelsschule. In: Kühne, Alfred (Hg.): Handbuch für das Berufs- und Fachschulwesen. 2. erweiterte Auflage, Leipzig: Gloeckner, S. 392–399.
- Pahl, Jörg-Peter 2018: Fachhochschule. Von der Fachschule zur Hochschule für angewandte Wissenschaften. Bielefeld: wbv.
- Raddatz, Rolf 2000: Berufsbildung im 20. Jahrhundert. Eine Zeittafel. Bielefeld: W. Bertelsmann.
- RMWEV 1936: Reichsgrundsätze für die einheitliche Ausrichtung der Fachschulen für das Bau- und Maschinenwesen, in: Deutsche Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Amtsblatt des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und der Unterrichtsverwaltungen der Länder. 2. Jg., 1936, H. 23, S. 517–518.
- RMWEV 1938: Reichsgrundsätze für die einheitliche Ausrichtung der Fachschulen für das Bau- und Maschinenwesen, in: Deutsche Wissenschaft, Erziehung und

- Volksbildung. Amtsblatt des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und der Unterrichtsverwaltungen der Länder. 4. Jg., 1938, H. 21, S. 502–509.
- Schoellhammer, Wolfgang 1998: Internationale Anerkennung des Fachhochschuldiplooms. In: Stahl, Hans-Werner / Stahl, Wolfgang W. (Hg.): Effizient studieren: Wirtschaftswissenschaften an Fachhochschulen. Wiesbaden: Gabler, S. 45–52.
- Schütte, Friedhelm 2003a: Technisches Bildungswesen in Preußen-Deutschland. Aufstieg und Wandel der Technischen Fachschule 1890–1938. Köln / Weimar / Wien: Böhlau Verlag.
- Schütte, Friedhelm 2003b: Quellen und Dokumente zur Geschichte der technischen Bildung in Deutschland. Teil 2: Das technische Fachschulwesen 1890–1945. Herausgegeben von Jost, Wolfdietrich. Köln / Weimar / Wien: Böhlau Verlag.
- Schütte, Friedhelm 2007: Jahrzehnt der Neuordnung 1890-1901. Die Reform des technischen und allgemeinen Bildungssystems in Deutschland. In: Zeitschrift für Pädagogik, 53. Jg., 2007, Heft 4, S. 544–561.
- Teichler, Ulrich 2014: Hochschule und Beruf als Gegenstandsbereich der Hochschulforschung. In: Pasternack, Peer (Hg.): die hochschule. journal für wissenschaft und bildung 1/2014, S. 118–132.
- Trier, Matthias 2001: Weiterbildungssystem der DDR. In: Arnold, Rolf / Nolda, Sigrid / Nuissl, Ekkehard (Hg.): Wörterbuch Erwachsenenpädagogik. Bad Heilbrunn: Klinghardt, S. 335–336.
- Uhlig, Hans 1985: Geschichte der Fachschulbildung von 1945 bis 1949 auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik und wesentliche Aspekte ihrer Vorgeschichte. Textteil. Schriftenreihe des Instituts für Fachschulwesen. Reihe: Beiträge zur Geschichte des Fachschulwesens der DDR, Heft 11/1. Karl-Marx-Stadt: Institut für Fachschulwesen der Dt. Demokratischen Republik.
- Verordnung über die Neuordnung des Fachschulwesens, in: Gesetzblatt der DDR Nr. 33 vom 29. März 1950, S. 215–216.
- Wahle, Manfred 2006: Berufsbildungsgeschichte. In: Kaiser, Franz-Josef / Pätzold, Günter (Hg.): Wörterbuch der Berufs- und Wirtschaftspädagogik. Bad Heilbrunn: Klinghardt, S. 126–128.
- WR 1993: Wissenschaftsrat. 10 Thesen zur Hochschulpolitik. Drs. 1001/93. Berlin 22.1.1993.
- WR 2010: Wissenschaftsrat. Empfehlungen zur Rolle der Fachhochschulen im Hochschulsystem. Drs. 10031-10. Berlin 2.7.2010.

INHALT

FORUM

Andreas Beer, Peer Pasternack:

Wissenschaft außerhalb der Komfortzone. Wissenschaftsbezogene
Krisenkommunikation als Instrument der Qualitätssicherung5

Angelika Trübswetter:

Herausforderungen für Frauen in wissenschaftlichen Karriereverläufen.
Einblicke in vier Karrierestationen25

Kalle Hauss:

Welche Rolle spielen Konferenzen in der Wissenschaft?
Antworten aus der Perspektive von Nachwuchswissenschaftler*innen42

Astrid Franzke:

Gender. Zwischen Ressource und Bedeutungsverlust52

Lina Vollmer:

Wie lässt sich Professionalisierung messen? Ein Analyseinstrument
am Beispiel der Gleichstellungsarbeit an Hochschulen66

Sonja Herrmann:

Studienleistungen privat und staatlich Studierender im Vergleich79

Guido Speiser:

Ist mehr genug? Drei Trends in der Hochschulfinanzierung89

GESCHICHTE

Jörg-Peter Pahl, Hannes Ranke:

Von der Höheren Fachschule zur Fachhochschule.

Entstehung und Etablierung einer Institution99

Oliver Sukrow:

Die Akademie der Marxistisch-Leninistischen Organisationswissenschaft
in Berlin. Geschichte und Kontext eines (vergessenen) sozialistischen
Zukunftsorts

.....113

PUBLIKATIONEN

Nadin Fromm: Zur Transnationalisierung von Hochschulbildung.

Eine empirische Studie zur Interaktion hochschulpolitischer Akteure

beim Aufbau bilateraler Hochschulen im Ausland (*Younes Qrirou*).....127

Peer Pasternack, Daniel Hechler:

Bibliografie: Wissenschaft & Hochschulen

in Ostdeutschland seit 1945.....131

Autorinnen & Autoren.....155

Autorinnen & Autoren

Andreas Beer, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). eMail: andreas.beer@hof.uni-halle.de

Kalle Hauss, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Innovation und Technik (iit) der VDI/VDE-IT. eMail: hauss@iit-berlin.de

Daniel Hechler M.A., Forschungsreferent am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). eMail: daniel.hechler@hof.uni-halle.de

Sonja Herrmann M.A., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Allgemeine Pädagogik, Erziehungs- und Sozialisationsforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München. eMail: Sonja.Herrmann@edu.lmu.de

Astrid Franzke, Dr. phil., stellv. Geschäftsführerin Mentoring Hessen und Privatdozentin am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Hildesheim. eMail: franzke@em.uni-frankfurt.de

Jörg-Peter Pahl, Prof. Dr., Dipl.-Ing., emeritierter Professor am Institut für Berufspädagogik und Berufliche Didaktiken der TU Dresden, Gastwissenschaftler am Institut für Angewandte Bautechnik der Technischen Universität Hamburg. eMail: joergpahl@aol.com

Peer Pasternack, Prof. Dr., Direktor des Instituts für Hochschulforschung (HoF) an der Universität Halle-Wittenberg. eMail: peer.pasternack@hof.uni-halle.de; www.peer-pasternack.de

Younes Qrrou, Dipl.-Soz.Wiss., Promovierender und Stipendiat der Hans-Böckler-Stiftung am Promotionskolleg „International-vergleichende Forschung zu Bildung und Bildungspolitik im Wohlfahrtsstaat“ an der Eberhard Karls Universität Tübingen. eMail: younes.qrrou@ifp.uni-tuebingen.de

Hannes Ranke, M. Ed., Wissenschaftlicher Oberassistent am Institut für Angewandte Bautechnik der Technischen Universität Hamburg. eMail: hannes.ranke@tuhh.de

Guido Speiser, Dr. rer. publ., stellvertretender Leiter des Berliner Büros der Max-Planck-Gesellschaft. eMail: guido.speiser@gv.mpg.de

Oliver Sukrow, Dr. phil., Kunst- und Architekturhistoriker, Universitätsassistent am Forschungsbereich Kunstgeschichte der Technischen Universität Wien. eMail: oliver.sukrow@tuwien.ac.at

Angelika Trübswetter, Dr. phil., YOUSE Berlin, Leiterin User-Centred Change. eMail: angelika.truebswetter@youse.de

Lina Vollmer, Dr. phil., Referentin für Diversity Management und Antidiskriminierung an der Universität zu Köln. eMail: l.vollmer@verw.uni-koeln.de

die hochschule. journal für wissenschaft und bildung

Herausgegeben von Peer Pasternack
für das Institut für Hochschulforschung (HoF)
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Redaktion: Daniel Hechler

Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg, Collegienstraße 62, D-06886 Wittenberg

<https://www.diehochschule.de>

Kontakt Redaktion: daniel.hechler@hof.uni-halle.de

Kontakt Vertrieb: Tel. 03491/466 254, Fax: 03491/466 255, eMail: institut@hof.uni-halle.de

ISSN 1618-9671, ISBN 978-3-937573-68-7

Die Zeitschrift „die hochschule“ versteht sich als Ort für Debatten aller Fragen der Hochschulforschung sowie angrenzender Themen aus der Wissenschafts- und Bildungsforschung. Als Beihefte der „hochschule“ erscheinen die „HoF-Handreichungen“, die sich dem Transfer hochschulforscherischen Wissens vor allem in die Praxis der Hochschulentwicklung widmen.

Artikelmanuskripte werden elektronisch per eMail-Attachment erbeten. Ihr Umfang soll 25.000 Zeichen nicht überschreiten. Inhaltlich ist „die hochschule“ vorrangig an Beiträgen interessiert, die Themen jenseits des Mainstreams oder Mainstream-Themen in unorthodoxen Perspektiven behandeln. Eingereicht werden können sozial- und geschichtswissenschaftliche Texte, die (a) auf empirischer Basis ein nachvollziehbar formuliertes Problem aufklären oder/und (b) eine theoretische Perspektive entfalten oder/und (c) zeitdiagnostisch angelegt sind, ohne reiner Meinungsartikel zu sein. Für Rezensionen beträgt der Maximalumfang 7.500 Zeichen. Weitere Autoren- und Rezensionshinweise finden sich auf der Homepage der Zeitschrift: www.diehochschule.de >> Redaktion.

Das Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF), 1996 gegründet, ist ein An-Institut der Martin-Luther-Universität (www.hof.uni-halle.de). Es hat seinen Sitz in der Stiftung Leucorea Wittenberg und wird geleitet von Peer Pasternack.

Als Beilage zu „die hochschule“ erscheint der „HoF-Berichterstatte“ mit aktuellen Nachrichten aus dem Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg. Daneben publiziert das Institut die „HoF-Arbeitsberichte“ (https://www.hof.uni-halle.de/publikationen/hof_arbeitsberichte.htm) und die Schriftenreihe „Hochschul- und Wissenschaftsforschung Halle-Wittenberg“ beim BWV Berliner Wissenschafts-Verlag. Ein quartalsweise erscheinender eMail-Newsletter kann abonniert werden unter <https://lists.uni-halle.de/mailman/listinfo/hofnews>

Abbildung vordere Umschlagseite: Greser & Lenz, Aschaffenburg